

Außenstelle Hannover — Vahrenwalder Str. 220 — 30179 Hannover

Aktenzeichen:	ZA 9-44-188-2026
Bescheiddatum:	21. März 2026
Antragsteller zu 1:	■■■■■■■ ■■■■■■■■, geb. ■■■.03.1984
Antragstellerin zu 2:	■■■■■■■ ■■■■■■■■■■-■■■■■■■, geb. ■■■.09.1986
Minderjährige Kinder:	■■■■■■■■■ (14), ■■■■■■■■ (11), ■■■■■■ (6), ■■■■■■■■■■ jr. (18 Mon.)
Staatsangehörigkeit:	Iranisch
Zugestellt:	25. März 2026
Klagefrist:	08. April 2026 (14 Tage, § 74 Abs. 1 AsylG)

Tenor

Die Asylanträge der Antragsteller vom 25. März 2025 werden vollumfänglich abgelehnt.

Im Einzelnen wird festgestellt:

1. Die Antragsteller werden nicht als Flüchtlinge nach § 3 Abs. 1 AsylG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG anerkannt.
2. Den Antragstellern wird der subsidiäre Schutzstatus nach § 4 AsylG nicht zuerkannt.
3. Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG liegen nicht vor.
4. Die Abschiebung der Antragsteller wird angeordnet:
 - Antragsteller zu 1 (Herr ■■■■■■ ■■■■■■): nach Kroatien (EURODAC-Treffer, Art. 13 Dublin-III-VO)
 - Antragstellerinnen/Antragsteller zu 2–6: nach Griechenland (EURODAC-Treffer, Art. 13 Dublin-III-VO)
5. Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 AufenthG wird auf 30 Monate ab dem Tag der Abschiebung befristet.

Begründung (Auszüge — redacted)

I. Sachverhalt

Die Antragsteller sind iranische Staatsangehörige aus ■■■■■■■■■■ (Iran). Sie reisten im März 2025 über ■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■ in das Bundesgebiet ein und stellten am 25. März 2025 Asylanträge. Im Rahmen der Anhörung vom 28. Januar 2026 machten die Antragsteller Angaben zu ihrer Verfolgungsgeschichte.

II. Zur Flüchtlingseigenschaft (§ 3 AsylG)

Eine innerstaatliche Fluchtoption innerhalb des Iran wird nicht anerkannt, da ein landesweiter Haftbefehl nicht mit ausreichender Wahrscheinlichkeit belegt wurde.

Ein ernsthafter Schaden i.S.v. § 4 Abs. 1 AsylG liegt nach Überzeugung des Bundesamts nicht vor. Die geschilderten Vorfälle erreichen nicht die Schwelle einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung im Sinne dieser Norm.

[Zur gesundheitlichen Situation von ■■■■■■ ■■■■■■ jr.: Das eingereichte Attest datiert nach dem Zeitpunkt der Anhörung und konnte nicht berücksichtigt werden. Gesundheitliche Abschiebungshindernisse wurden im Zeitpunkt der Entscheidung nicht festgestellt.]

Aufgrund des EUODAC-Treffers (Kategorie 1, Kroatien, 20.02.2025) ist für den Antragsteller zu 1 Kroatien der zuständige Mitgliedstaat nach Art. 13 Abs. 1 Dublin-III-VO. Für die Antragstellerin zu 2 und die gemeinsamen Kinder ist Griechenland der zuständige Mitgliedstaat (EUODAC-Treffer Kategorie 1, 03.02.2025). Kroatien und Griechenland haben die Aufnahme jeweils am 10. bzw. 17. Januar 2026 akzeptiert. Systemische Mängel, die einer Überstellung entgegenstünden, sind nicht festgestellt worden.

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Hannover erhoben werden. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung hinsichtlich der Abschiebungsanordnung (§ 75 Abs. 1 AsylG). Die aufschiebende Wirkung kann beim Verwaltungsgericht beantragt werden (§ 80 Abs. 5 VwGO i.V.m. § 34a Abs. 2 AsylG). Dieser Antrag ist innerhalb einer Woche nach Zustellung zu stellen.

Sachbearbeiterin